

# «Der Kanton Baselland könnte sich in der ganzen Schweiz profilieren»

baz 20.11.07

Wirtschaftswissenschaftler Frank Bodmer rät zu Liberalisierungen – vor allem im Schulbereich

INTERVIEW: DAVID THOMMEN

**baz:** Herr Bodmer, die baz-Umfrage bei der kantonalen Verwaltung zeigt, dass im Baselbiet in den vergangenen vier Jahren kein grösserer Liberalisierungseffort stattgefunden hat. Sind andere Kantone forscher?

**FRANK BODMER:** Der Rückstand bei der Deregulierung ist ein schweizerisches Phänomen; es betrifft vor allem die nationale Politik. Stichworte sind die Liberalisierung des Strom- und Postmarktes sowie die Schaffung eines offenen Binnenmarktes. Der Spielraum der Kantone ist begrenzt, da es um die Schaffung eines nationalen oder internationalen Marktes geht.

**Weshalb ist die Schweiz so zögerlich, wo viele an sich liberale Politiker am Ruder sind?**

Die schweizerische Politik kommt bei Reformen sehr langsam vorwärts. Es gibt viele Beteiligte, welche Reformen verhindern oder verzögern können. Die Interessengruppen sind im Vernehmlassungsverfahren dabei und können ein Referendum androhen respektive durchführen. Neben einem Parlamentsentscheid braucht es bei Volksabstimmungen ein Volksmehr und auf Bundesebene bei Verfassungsänderungen ein Ständemehr. Die Hürden für Veränderungen sind also hoch.

**In welchen Bereichen würden Sie den Kantonen zu Liberalisierungen raten?**

Relativ einfach durchzuführen und mit grösseren volkswirtschaftlichen Auswirkungen wären eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten sowie eine Liberalisierung des Gastgewerbes. Volkswirtschaftlich noch wichtiger wäre es aber, den Vorschriftendschungel auszulichten. Vereinfachungen beim Bau- und Umweltrecht und im Umgang mit den Behörden würden wohl die grössten Effekte ergeben.

**Würden Sie Ausgliederungen ganzer Ämter empfehlen?**

Das müsste einzeln evaluiert werden.

**In welchen Bereichen sollte man unbedingt die Finger vom Liberalisieren lassen?**

In Bereichen, wo der Staat ein Monopol haben sollte, sind Auslagerungen nicht sinnvoll. Das betrifft sicherlich das Aufrechterhalten von Recht und Ordnung.

**Wer profitiert, wenn Aufgaben dem Staat entzogen und dem freien Wettbewerb ausgesetzt**

werden? Die Steuerzahler oder in erster Linie nur die Unternehmen?

Die zentralen Ziele von Ausgliederungen oder jeder Art von Liberalisierung sind tiefere Preise und/oder ein besseres Angebot. Das geht nur über den Wettbewerb. Spielt dieser nach der Liberalisierung nicht, so ist auch nicht mit positiven Effekten zu rechnen. Das passiert vor allem dann, wenn nach der Liberalisierung ein – nun privates – Monopol besteht.

**Wären dank Liberalisierungen Steuersenkungen möglich?**

Spielt der Wettbewerb, so sind die Konsumenten die Hauptnutznießer. Bleibt die Finanzierung des Angebotes auch weiterhin beim Staat, wie beispielsweise bei öffentlich ausgeschriebenen, aber privat betriebenen Busbetrieben, so kann der Steuerzahler vom effizienteren Angebot profitieren.

**Beispiele zeigen, dass der Wettbewerb zum Teil nicht spielt: Das Gebäudeversicherungsmonopol beschert den Baselbieter Hausbesitzern tiefe Prämien. In liberaleren Kantonen zahlt man mehr. Weshalb?**

Versicherungsmärkte sind speziell. Das Problem ist grob gesagt, dass die Versicherungen nicht wissen, welche Charakteristiken ein einzelner Versicherter hat. Das kann zu relativ hohen Prämien führen, welche bei einem Monopol nicht anfallen, da dort ein Durchschnitt aller Versicherten zur Anwendung kommt.

**Würde mehr Wettbewerb zum Beispiel bei den Spitälern zu mehr Qualität bei gleichzeitig tieferen Kosten führen?**

Bei Spitälern besteht Wettbewerb ja bereits jetzt, da die Spitalwahl zumindest mit der entsprechenden Zusatzversicherung

frei ist und private Anbieter im Markt agieren. Allerdings greift der Staat sehr stark in diesen Wettbewerb ein, unter anderem über die Subventionierung der stationären Behandlung an öffentlichen Spitälern und den Vertragszwang für Spitäler auf der Spitalliste. Eine Reform ist hier allerdings Bundessache. Es ist zu hoffen, dass die nächste Revision des Krankenversicherungsgesetzes Fortschritte in Richtung mehr Markt und bessere Anreize bringt. Die Widerstände sind allerdings gross, wie die kürzliche Debatte im Ständerat wieder einmal zeigte.

**An tieferen Kosten müssten alle ein Interesse haben. Worin liegt der Widerstand begründet?**

Die bereits genannten Partikularinteressen sträuben sich gegen Reformen. Die bestehenden Anbieter in zu liberalisierenden Märkten verlieren ja in der Regel, haben also alles Interesse daran, sich gegen Reformen zur Wehr zu setzen. Im Gesundheitsmarkt sind dies Ärzte und Spitäler sowie die Kantone, welche einen Verlust an politischer Kontrolle befürchten.

**Wie sieht es bei den Schulen aus?**

Bei den Schulen besteht bereits ein gewisser Wettbewerb, da private Schulen existieren. Der Wettbewerb spielt aber auch zwischen öffentlichen Schulen – nämlich über den Wohnortentscheid der Eltern. Er ist bei der Wahl des Wohnorts ein wichtiger Faktor. Eine volle Liberalisierung mit einem System von Gutscheinen hat in anderen Ländern funktioniert, unter anderem im sozialdemokratisch geprägten Schweden. Angesichts der zunehmenden Probleme in der öffentlichen Schule sollte man diesem Modell auch in der Schweiz eine Chance geben. Der schweizerische Föderalismus lässt hier einem oder einzelnen Kantonen Raum, ein entsprechendes Experiment zu starten, von dem die übrigen Kantone lernen können.

**Im Baselbiet ist eine Volksinitiative für die freie Schulwahl hängig. Sie würde also zu diesem Experiment raten?**

Ja. Es wäre ein mutiger Schritt, von dem nicht nur das Baselbiet, sondern die ganze Schweiz profitieren könnte. Gute Modelle, bei denen auch die Chancengleichheit bestehen bleibt, gibt es ja.

## Zur Person



**FRANK BODMER** ist Privatdozent an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel und arbeitet auch als selbstständiger Ökonom.

Er beschäftigt sich mit Fragen der Finanz- und Steuerpolitik und der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz.